

A.O. LANDESPARTEITAG am 30. November 2019 in Wildau

Dringlichkeitsantrag Nr. D02

Seite 1 von 3

1 **Brandenburg. Ohne Schulden. Frei.**

2 Antragsteller:

3 Matti Karstedt, Zyon Braun, Axel Graf Bülow, Hans-Peter Goetz, Kay Martin, Viktoria Otte,
4 Isabelle-Sophie Schmechta, Fabian Jahoda, Jeff Staudacher, Petra Gräfin Bülow, Laura Schieritz,
5 Tim Kehr wieder, Eric Vohn, Werner Holzappel, Marion Vogdt, Amid Jabbour, Norbert Gutheins,
6 Volkmar Richter, Prof. Martin Neumann, Martin Hoeck, Tom-Morten Theiß

7

8 Der Landesparteitag möge beschließen:

9 Mit Sorge nehmen wir die Absicht der Kenia-Parteien zur Kenntnis, noch in diesem Jahr neue
10 Schulden in Höhe von einer Milliarde Euro anhäufen zu wollen. Denn jeder Cent Schulden, der
11 heute von Politikern gemacht wird, muss von späteren Generationen zurückgezahlt werden.
12 Das schränkt die zukünftigen Handlungsspielräume und Möglichkeiten zugunsten von
13 Tagespolitik und Wahlgewinnen ein und ist aus unserer Sicht generationen-ungerecht. Die
14 vergangenen Krisen im Euroraum haben uns zudem die Gefahr übermäßiger
15 Staatsverschuldung verdeutlicht. Als Freie Demokraten weigern wir uns, einer zunehmenden
16 Verschuldung der öffentlichen Haushalte einfach tatenlos zuzusehen.

17 Die Staatsverschuldung hat außerdem negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum
18 und steht damit selbst einer Haushaltskonsolidierung über die Einnahmeseite im Weg.

19 Dies wird durch zwei Aspekte verschärft: Phasen des wirtschaftlichen Wachstums werden kaum
20 zum Abbau der Staatsverschuldung genutzt und angesichts des demografischen Wandels wird
21 die Pro-Kopf-Belastung an Schulden in der Zukunft weiterwachsen. Hinzu kommt eine
22 wachsende versteckte Staatsverschuldung durch defizitäre soziale Versicherungssysteme und
23 zukünftigen Pensionslasten, die in den Landeshaushalten nicht abgebildet werden.

24 Die Schuldenbremse im Grundgesetz und in den Länderverfassungen ist ein erster Schritt, um
25 diese Entwicklung abzumildern, kann jedoch kein Ersatz für konsequente Sparanstrengungen
26 und ausgeglichene Haushalte sein. Die FDP Brandenburg erwartet daher von der

angenommen abgelehnt zurückgezogen übernommen

überwiesen an: sonstiges.....

27 Landesregierung noch stärkere Anstrengungen bei der Umsetzung von Sparvorschlägen und
28 einen stärkeren Fokus auf die Realisierung ausgeglichener Haushalte.

29 **Als FDP Brandenburg wollen wir konkrete Sparmaßnahmen einleiten, neue Schulden in**
30 **Zukunft vermeiden und noch bestehende Schulden gezielt abbauen:**

- 31 • Die Schaffung eines Sondervermögens für einen Zukunftsinvestitionsfonds in Höhe von
32 einer Milliarde Euro (wie von SPD Brandenburg, CDU Brandenburg & GRÜNE
33 Brandenburg geplant) lehnen wir entschieden ab.
- 34 • Die Landesregierung muss für den Gesamtbetrag an Altschulden einen Tilgungsplan
35 vorlegen. Werden künftig Überschüsse im Landeshaushalt erwirtschaftet, sollen
36 mindestens 50% eines Jahresüberschusses in den Abbau der Altschulden investiert
37 werden.
- 38 • Die Schuldenbremse soll in ein echtes Schuldenverbot umgewandelt werden. Ein
39 solches Verbot enthält weder eine strukturelle noch eine konjunkturelle
40 Verschuldungskomponente. Sollen neue Schulden aufgenommen werden, kann dies nur
41 durch das Erreichen einer parlamentarischen Zwei-Drittel-Mehrheit und in Verbindung
42 mit einem Schuldentilgungsplan beschlossen werden.
- 43 • Jedes Gesetzesvorhaben ist mit einer Folgenabschätzung hinsichtlich der finanziellen
44 Belastung für kommende Generationen zu versehen. Zudem muss in regelmäßigen
45 Abständen eine umfassende Generationenbilanz vorgelegt werden, in der auch der
46 Stand der impliziten Staatsverschuldung transparent aufgeschlüsselt und
47 problematisiert wird.
- 48 • Die FDP Brandenburg steht für eine schlanke, bürgerfreundliche und entbürokratisierte
49 Verwaltung. Um die Kosteneffizienz zu steigern sollen möglichst alle
50 Verwaltungsvorgänge unkompliziert digital erledigt und bearbeitet werden können.
- 51 • Die Kosten für den Bau und den Betrieb des BERs sind für den Staat aufgrund
52 zahlreicher struktureller Entscheidungsfehler zudem längst nicht mehr kontrollierbar.
53 Wir fordern daher eine vollständige Privatisierung der „Flughafen Berlin-Brandenburg

54 GmbH“ durch den Verkauf aller staatlichen Unternehmensanteile an einen
55 spezialisierten Flughafenbetreiber.

- 56 • Wir fordern, dass öffentliche Infrastrukturprojekte zukünftig durch Build-Operate-
57 Transfer (BOT) Betreibermodelle umgesetzt werden. Das bedeutet, dass ein privater
58 Investor eine benötigte Anlage plant, errichtet und für eine bestimmte Zeit auch den
59 Betrieb übernimmt. Die Anlage selbst ist jedoch staatliches Eigentum. Nach Ablauf des
60 vertraglich geregelten Betreibungszeitraums kann dieser verlängert oder der Zuschlag
61 einem anderen privaten Unternehmen erteilt werden. Der Staat zahlt während des
62 Betreibungszeitraums eine vertraglich festgelegte Summe, ist dafür aber an keinen
63 Risikobürgschaften für das Infrastrukturprojekt beteiligt. Dadurch bleiben die Ausgaben
64 kalkulierbar.

65 Die FDP Brandenburg lehnt Bürgschaften zur Rettung von Unternehmen strikt ab.

66 Begründung:

67 erfolgt mündlich